Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 2

Artikel: Indische Eindrücke
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338353

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. J. W. Brügel (London)

Indische Eindrücke

Es wäre vermessen, nach einem Aufenthalt von wenigen Wochen über ein Land von dem Ausmass von Indien und über dessen mannigfaltige und schwierige Probleme irgendwelche endgültigen Urteile fällen zu wollen. Aber der Eindrücke, die der Besucher Indiens empfängt, sind so viele, dass der Versuch nicht unterbleiben soll, wenigstens einige von ihnen zu beschreiben.

Unvorstellbares Elend

Der erste und überwältigende Eindruck ist der der unermesslichen und unbeschreiblichen Not, unter der hunderte Millionen Menschen in Indien leben. Soviel man darüber vorher auch gelesen und gehört haben mag, ist man doch aufs neue und immer wieder entsetzt, wenn man ihr mit eigenen Augen begegnet. Vorausgeschickt sei, dass die Regierung von Indien seit Erreichen der Selbständigkeit (1948) zweifellos unendlich viel geleistet hat und dass niemandem einfallen darf, sie für das Ausmass des Elends verantwortlich zu machen. Die Aufgabe, es wenigstens entscheidend zu mildern, ist viel zu gewaltig, als dass sie selbst eine Regierung bewältigen könnte, die ihre Reformpläne nicht durch religiöse, nationalistische und atavistische Vorurteile im eigenen Volk bedroht sieht. Wir begannen unsere Tour in *Bombay,* einer Stadt, die bei Kriegsende 1,5 Millionen Einwohner hatte und jetzt deren 5 bis 6 Millionen zählt. Keine Stadtverwaltung der Welt – man denke nur an Rom – ist imstande, das mit einem solchen Zustrom verbundene Problem des Wohnungsbaus, der Kanalisation usw. zufriedenstellend zu lösen. Ein kurzer Rundgang durch das nächtliche Bombay zeigte, dass ungezählte Menschen buchstäblich auf der Strasse leben und nächtigen; in ganz Bombay müssten es nach dem, was wir in einem kleinen Teil sahen, Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende sein. In Kalkutta, einer Stadt, die auch 6 Millionen Einwohner hat, soll die Zahl der im Freien Nächtigenden an Hunderttausend heranreichen. Dabei gibt es deutliche «Klassenunterschiede» unter diesen unglücklichen Menschen, die kein Zuhause besitzen, das aber offenbar als einen natürlichen, gottgewollten Zustand hinnehmen. Die Ärmsten der Armen, darunter viele Kinder in zartem Alter, schlafen auf dem nackten Pflaster ohne jede Decke. Glücklichere haben wenigstens eine Art Decke unter sich, wenn auch nicht über sich liegen; dann gibt es eine höhere Stufe armer Menschen, die so «reich» sind, dass sie für die Nacht in eine auch den Kopf umschliessende Hülle schlüpfen können, und die «ganz Reichen» stellen sich eine Art Bett auf der Strasse auf, wobei es unklar bleibt, wo sie es tagsüber aufbewahren. Als wir die Bombay zumindest analogen, wenn nicht noch ärgeren Verhältnisse in Kalkutta erschütternd

fanden, sagte uns ein dort lebender Europäer, wir sollten nicht sentimental sein, Indien sei nicht Europa, und es sei für die Menschen dort entschieden gesünder, im Freien zu schlafen als in den elenden, aus Brettern, Lehm, alten Konservenbüchsen und Schilf zusammengeflickten Verschlägen, die Millionen anderen als «Wohnung» dienen. Viele Inder scheinen das Schlafen auf der Erde tatsächlich als eine naturgemässe Lebensweise anzusehen, wie wir uns auf der Eisenbahnstation einer kleinen Stadt selbst überzeugen konnten. Wir betraten spät abends den Wartsaal 1. Klasse, in dem verhältnismässig bequeme Liegemöglichkeiten standen, die aber meist unbenützt waren. Statt dessen schliefen viele Fahrgäste aus der 1. Klasse (also zweifellos keine Proletarier) daneben auf dem nackten Fussboden.

Die Bevölkerungsexplosion

Wer eine indische Stadt betritt, glaubt, in einen Ameisenhaufen geraten zu sein. Dieses Bild drängt sich schon dem oberflächlichen Betrachter für die «Bevölkerungsexplosion» genannte Erscheinung auf, wenn er die unfassbare Menge von Menschen sieht, die allem Anschein nach zweck- und ziellos in den Strassen herumstehen. Als Indien selbständig wurde, hatte es zusammen mit dem gegenwärtigen Pakistan etwa 350 Millionen Einwohner. Die jetzige Einwohnerzahl von Indien allein wird auf 550 Millionen geschätzt, wozu etwa 100 bis 120 Millionen in Pakistan kommen. Man kann der Regierung keineswegs den Vorwurf machen, dass sie der rapiden Vermehrung einer Bevölkerung, die ordentlich zu ernähren jetzt schon unmöglich ist, nicht etwa Einhalt zu bieten versucht. Seit 1954 ist ein das ganze Land umfassendes Programm der Geburtenbeschränkung im Gange. Überall im Land sieht man Plakate mit «vier glücklichen Gesichtern», nämlich Vater, Mutter und zwei Kindern, die besagen, dass dies das richtige Ausmass einer Familie ist. Die freiwillige Sterilisierung von Männern und Frauen wird vom Staat finanziell unterstützt; der Mann, der sich dem unterzieht, bekommt eine Uhr geschenkt. Man schätzt, dass etwa 5 Millionen Menschen freiwillig diese Operation an sich haben vornehmen lassen und dass seit Beginn des Geburtenbeschränkungsprogrammes 15 Millionen Kinder weniger geboren wurden, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das ist sicher ein ungeheurer Erfolg, bleibt aber doch ein Tropfen im Meer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der jährliche Bevölkerungszuwachs Indiens sich trotzdem auf 12 Millionen beläuft, also auf etwa so viel wie die ganze Bevölkerung Österreichs und der Schweiz.

Die Not in den Dörfern

Wir haben freilich nur das Elend in den Städten gesehen, in denen zusammen doch nur 30 oder 40 Millionen Menschen leben. Über 500 Millionen leben in den Dörfern in bitterster Not, geplagt von dauernder Arbeitslosigkeit und darauf angewiesen, den Boden mit vorsintflutlichen

Werkzeugen zu bearbeiten. Wir sind zwar durch einige Dörfer gekommen, aber um das Leben dort zu studieren, würde man doch viel mehr Zeit brauchen, als uns zur Verfügung stand. Nur soviel sei gesagt, dass es eine gesetzliche Beschränkung des Ausmasses an Landbesitz gibt und dass die Latifundisten verpflichtet wären, den über dieses Ausmass hinausgehenden Besitz an landlose Bauern abzugeben. Die strikte Durchführung der Bodenreform gehört auch zu den wichtigsten Forderungen der beiden sozialdemokratischen Parteien des Landes, der *Praja Socialist Party* und der *Samyukta Socialist Party,* auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Aber die Durchführung des Bodenreformgesetzes ist nicht Sache der Unionsregierung, sondern obliegt den Regierungen der 17 Gliedstaaten Indiens, die vielfach noch stark unter dem Druck der Grossgrundbesitzer stehen und ihrer Erpressungstaktik ausgesetzt sind, so dass in vielen Fällen die Beschränkung des Landbesitzes bisher nur auf dem Papier geblieben ist. Das Tragische ist, dass auch eine Verbesserung in den Methoden der landwirtschaftlichen Produktion fast nur den reichen Bauern zugute kommt und die schreienden sozialen Unterschiede im Dorf nicht lindert. Die «grüne Revolution», die durch moderne Methoden eine Vervielfachung des Ertrages der Landwirtschaft herbeigeführt hat und damit die Schwierigkeiten abschwächt, den Indern ein Minimum an Ernährungsmöglichkeiten zu sichern, erfordert so grosse Investitionen für Düngemittel usw., dass der kleine Bauer da überhaupt nicht mit kann und der Grossbauer den Gewinn daraus zieht. Es sind auch schon viele Fälle vorgekommen, in denen Landbesitzer langjährige Pächter vertrieben haben und sich nun selbst um ihren Landbesitz kümmern, weil das jetzt dank der «grünen Revolution» ertragreich geworden ist. Wie tragisch, dass der technische und gesellschaftliche Fortschritt denen am wenigsten zugute kommt, die seiner am meisten bedürfen!

Das Sprachenproblem

In Indien werden hunderte verschiedene Sprachen gesprochen, so dass es bisher unerlässlich war, Englisch als die einzig mögliche Verbindungssprache beizubehalten. (Die Verfassung anerkennt ausdrücklich 14 Sprachen, aber es gibt ihrer viel mehr.) Das auch in der Verfassung niedergelegte Ziel ist aber – was psychologisch durchaus verständlich ist – die allmähliche Ausschaltung des Englischen und die Ersetzung durch das Hindostanische, das die Sprache des zahlenmässig stärksten Teiles der Bevölkerung ist. In den Ministerien in Delhi hört man die Beamten vielfach, auch wenn sie perfekt Englisch können, in Hindostanisch reden und amtieren. Aber die Einführung dieser Sprache als Staatssprache für ganz Indien bereitet so ungeheure Schwierigkeiten, dass man die Verwirklichung des vollen Programms immer wieder aufschieben musste. Man muss bedenken, dass Hindostani hunderten Millionen Menschen, besonders im Süden des Landes, so fremd ist wie etwa einem Portugiesen die

ungarische Sprache. Darum wird auch Englisch noch lange die Vermittlungssprache zwischen den einzelnen Völkern Indiens bleiben, aber der Widerstand gegen die Einführung von Hindostani in Staaten, in denen diese Sprache weitgehend unbekannt ist, führt manchmal zu merkwürdigen Konsequenzen. Anfang Oktober 1970 wurde im Staat Mysore (20 Millionen Einwohner) verkündet, dass vom 1. November an die Steuerämter in der Sprache «Kannada» amtieren würden, wobei den nationalen Minderheiten im Land nicht näher umschriebene Erleichterungen zugesagt wurden. In der Verlautbarung hiess es, dass man nun rasch Schreibmaschinen für die Kannada-Sprache herstellen und die Beamten in dieser Sprache schulen müsse. Die meisten Bewohner von Mysore haben wahrscheinlich mit den Steuerämtern nie etwas zu tun, aber diese Ankündigung ist offenbar ein Vorreiter für die Einführung der wichtigsten Landessprache als Sprache aller Behörden – und damit zweifellos ein Versuch, die Zentralregierung daran zu hindern, Hindostani auch in Mysore einzuführen.

Die Spaltung der Kongresspartei

Indien wird seit 1948 von der *Kongresspartei* regiert, die vorher den Kampf um die Selbständigwerdung des Landes geführt hatte. Sie hatte es bisher nie notwendig, sich nach Koalitionspartnern umzusehen, bis es 1969 zum Bruch innerhalb der Kongresspartei kam, in dessen Verlauf die Regierungschefin *Indira Gandhi* aus der Partei ausgeschlossen wurde. Sie hat das nicht zur Kenntnis genommen und führt seither eine Minderheitsregierung, die vom linken Flügel der Kongresspartei getragen wird und sich gelegentlich auch auf andere Gruppen stützt. Obwohl sich auch der jetzt oppositionelle Teil der Kongresspartei (er nennt sich die «alte» Kongresspartei) theoretisch zum Sozialismus bekennt, war der tiefere Grund der Spaltung doch, dass reaktionäre Elemente innerhalb der Partei versuchten, den sozialistischen Zielsetzungen Indira Gandhis Knüppel vor die Füsse zu werfen. Der äussere Anlass war der Kampf um die Präsidentschaft – Indira Gandhi setzte dem von der Kongresspartei aufgestellten Präsidentschaftskandidaten ihren eigenen *(V. V. Giri)* entgegen, der dann schliesslich auch mit Hilfe der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen gewählt wurde. (Giri ist der Gründer der Eisenbahnergewerkschaft und war viele Jahre erst ihr Generalsekretär und dann ihr Präsident.) Die Reaktion vieler Inder schien uns in einem Gespräch ausgedrückt, das wir mit einem technischen Beamten auf der Strasse führten: Er sagte, er sei mit dem sozialistischen Programm von Indira Gandhi einverstanden, mache ihr aber zum Vorwurf, dass sie das wirksame Instrument der Kongresspartei gespalten habe.

Die Sozialdemokratischen Parteien

Das Bekenntnis zum Sozialismus der zuerst einigen Kongresspartei und das verstärkte Bekenntnis, das Indira Gandhi und der von ihr geführte

Teil dieser Partei abgelegt hat, hat es den seit jeher betont demokratisch-sozialistischen Gruppierungen im Lande schwer gemacht, sich mit ihrer speziellen Zielsetzung zur Geltung zu bringen. Ursprünglich waren Indiens Sozialisten der linke Flügel der Kongresspartei, aus der sie nach der Selbständigwerdung des Staates ausschieden, weil sie der Ansicht waren, dass das Ziel einer alle Volksschichten umfassenden einheitlichen Partei damit erreicht sei. Die selbständige Sozialistische Partei Indiens, die sich der Sozialistischen Internationale anschloss, zerfiel bald in zwei Gruppen: die *Praja Socialist Party* (PSP) und die radikalere *Samyukta Socialist Party* (SSP). Nur die erstgenannte ist Mitglied der Internationale, während die SSP keinerlei internationale Bindung hat. Die beiden Parteien sind im indischen Parlament (Lok Sabha) mit je 17 von 520 Mitgliedern gleich stark, aber in den Parlamenten der einzelnen Gliedstaaten ist die SSP stärker vertreten als die PSP. Die PSP behält sich der Regierung gegenüber vollkommene Unabhängigkeit vor, kritisiert sie in manchen Beziehungen (wir werden darauf noch zurückkommen), aber sie unterstützt alle Massnahmen der Regierung, die einen sozialistischen Charakter haben, so zum Beispiel die Bankenverstaatlichung, an der die PSP freilich beanstandet, dass sie statt durch Gesetz (für das eine parlamentarische Mehrheit möglich gewesen wäre) durch Verordnung des Präsidenten durchgeführt wurde. Wichtiger ist aber, dass die Bankenverstaatlichung vor allem den Massen der Bauern greifbare Vorteile gebracht hat, da Kredite jetzt leichter zu erlangen und billiger zu haben sind. Die SSP hingegen bestreitet, dass die regierende Kongresspartei wirklichen Sozialismus zu ihrem Ziel hat, und setzt alle Energien daran, ihre Beweggründe zu «entlarven». Ihr Hauptziel ist der Sturz der Regierung Indira Gandhis, wiewohl nicht recht einzusehen ist, was für die Sache des Sozialismus dadurch gewonnen werden könnte. Es hat nicht an Bemühungen gefehlt, die Gegensätze zwischen PSP und SSP zu überbrücken und – wenn auch noch nicht zu einer Verschmelzung – wenigstens zu einer Zusammenarbeit zu gelangen; in letzter Zeit scheinen diese Bemühungen nicht ganz aussichtslos zu sein. Falls sie Erfolg haben sollten, wäre es um die Sache des demokratischen Sozialismus in Indien weit besser bestellt, weil eine grössere und schlagkräftigere Organisation ein zunächst wohl passiver, später aber vielleicht auch aktiver Partner der jetzigen Regierungspartei werden könnte, die nur eine Minderheit im Parlament darstellt und bei den nächsten Wahlen um die Erringung der Mehrheit wird kämpfen müssen. Sie waren ursprünglich Anfang 1972 fällig, wurden aber von Indira Gandhi jetzt auf Februar-März 1971 vorverlegt.

Der Einfluss der Sowjetunion

Einer der Punkte, in denen die PSP Indira Gandhi kritisiert, ist die indische Aussenpolitik, die nominell auf dem Grundgesetz der «Blockfreiheit» beruht. Die PSP beanstandet aber, dass diese Bündnisfreiheit keine

echte ist und dass Indien viel zu sehr der sowjetischen Aussenpolitik folgt. Auch wenn sie es nicht wiederholt beteuert hätte, besteht kein Zweifel daran, dass Indira Gandhi weder eine halbe noch eine dreiviertel Kommunistin ist und weder für den Kommunismus Moskauer Prägung noch für den von Peking gepredigten etwas übrig hat. Aber sie glaubt offenbar, dass man auf Moskaus Empfindlichkeiten viel mehr Rücksicht nehmen muss als etwa auf die Amerikas. Die Vereinigten Staaten haben Indien Entwicklungshilfe im grossen Massstab zugute kommen lassen und in der Hungersnot von 1967 auf die eigenen Lebensmittelreserven gegriffen, um ungezählte Inder vor dem Hungertod zu retten. An diese Hilfeleistungen waren nie irgendwelche politischen oder anderen Bedingungen geknüpft. Trotzdem hat Indira Gandhi kürzlich dem zum erstenmal in Indien tagenden «Weltfriedenskongress», einer bekannten kommunistischen Frontorganisation, gesagt, dass «ungenannte Grossmächte» unter dem Vorwand von Entwicklungshilfe versuchen, die Wirtschaftspolitik und die inneren Angelegenheiten schwächerer Länder zu beeinflussen. Das konnte nur gegen die USA gerichtet sein, so ungerecht es in diesem Fall auch ist. Aber es wird offenbar angenommen, dass man von den USA in einem solchen Falle nichts zu befürchten hat, während eine ähnliche, an die Moskauer Adresse gerichtete Kritik (und Moskau hat sich nach Leistung von Entwicklungshilfe sehr energisch in indische innere Angelegenheiten eingemischt und sogar personelle Veränderungen verlangt) unangenehme Folgen haben könnte. Amerika wird in Indien in letzter Zeit heftig kritisiert, weil es die Waffenlieferungen an Pakistan wieder aufgenommen hat, worin die Inder mit Recht oder Unrecht eine Gefahr für ihren Staat sehen. Die Sowjetunion hat gleichfalls und zur gleichen Zeit Pakistan mit Waffen beliefert, aber die Kritik an ihr war weit schwächer. Moskaus Zusicherungen, dass es sich um einmalige Waffenlieferungen handle, die sich nicht mehr wiederholen würden, wurden gross herausgestellt, ziemlich analog formulierte amerikanische Erklärungen kaum vermerkt. Um so ironischer wirkt es, wenn in einem an sich sehr unwichtigen Punkt in Indien viel Unzufriedenheit mit der Sowjetunion geäussert wurde. In einem sowjetischen Atlas war nämlich eine Karte enthalten, die ein zwischen Indien und China strittiges Grenzgebiet als Bestandteil Chinas zeigte. Wer das Verhältnis zwischen Moskau und Peking kennt und weiss, dass Indien von der sowjetischen Politik in Worten freundlich behandelt wird, muss irgendeine Moskauer Absicht, China damit gegen Indien auszuspielen, für ausgeschlossen halten. Aber in Delhi erfand man den neuen Begriff der «kartographischen Aggression», deren sich die Sowjetunion schuldig gemacht hatte. Der indische Aussenminister fuhr eigens nach Moskau, um zu protestieren, und das Ergebnis war, dass man dort versprach, in einer Neuauflage des Atlas die in Indien inkorporierten, aber von Pakistan beanspruchten Teile von Kaschmir als Teile Indiens zu zeigen. In bezug auf China hat Moskau offenbar keine Konzessionen ge-

macht, was aber in Indien nicht erwähnt wurde, wo man sich darüber zu freuen vorgab, welche Erfolge man gegen Pakistan errungen hatte. Doch inzwischen war man darauf gekommen, dass Polen und Bulgarien sich des gleichen «Vergehens» der «kartographischen Aggression» schuldig gemacht haben sollen, und man beschloss, in Warschau und Sofia einzuschreiten. (Fortsetzung folgt)

Hans-Balz Peter

Für eine Intensivierung der schweizerischen Entwicklungspolitik

Zur zweiten Session der «Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt», 20.–22. November 1970 in Bern.

1. Die zweite Session der Konferenz «Schweiz und Dritte Welt», die wiederum von alt Bundesrat Dr. *Willy Spühler* offen und souverän präsidiert wurde, fand in einer entspannteren Atmosphäre statt als die erste[1]. Diese Session war vor allem der Gruppenarbeit über konkrete Postulate der schweizerischen Entwicklungshilfe im Rahmen einer koordinierten Entwicklungspolitik gewidmet.

Zwischen den beiden Sessionen war für jede Gruppe aus den bisherigen Konferenzergebnissen eine Reihe von Thesen vorbereitet worden, die die Grundlage für die Konferenzarbeit bildeten. Jede Gruppe behandelte ihre Thesen eingehend und legte die Folgerungen aus ihren Beratungen in einem Gruppenbericht nieder. Es erübrigt sich, ausführlich auf diese Berichte einzugehen, da sie zusammen mit den Vorbereitungsdokumenten der Konferenz und der an der ersten Session gehaltenen Referate in Kürze veröffentlicht werden sollen[2].

2. Die erste Gruppe, *«Mensch und Gesellschaft in der Entwicklung»,* behandelte vorwiegend – zur Enttäuschung vieler, die eine Besprechung der soziologischen und kulturellen Grundfragen erwartet hatten – die theologischen Aspekte der Entwicklung. Schon in der Sprache zeigte sich dabei eine gewisse Kluft zwischen der «herkömmlichen Theologie» und einer jüngeren theologischen Generation, deren ethische Begriffe eher den politischen als den theologischen Wissenschaften entstammen. Es scheint tatsächlich fragwürdig, angesichts der Gespaltenheit, von der Welt als einer «universellen Familie» zu sprechen, deren inhärentes Prinzip die «Solidarität» sei. Eine solche Redeweise ist wenig kommunikabel; zudem fordert sie die falschen Leute heraus, nämlich die, welche durch ihr Enga-

[1] Siehe unseren Bericht über die erste Session der Konferenz in «Profil» 1/1971, Seiten 22 ff.

[2] «Die Schweiz und die Dritte Welt» (Arbeitstitel). Bericht der Interkonfessionnellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt. Zürich/Freiburg (Schweiz) 1970.